

23. Februar 2015

Gegen Staat und Kapital – für die Revolution!

Linksextremismus in Deutschland – eine empirische Studie

Klaus Schroeder · Monika Deutz-Schroeder

– Langfassung –

Das vorliegende Buch enthält die Ergebnisse eines mehrjährigen Forschungsprojektes zu „demokratiegefährdenden Potenzialen des Linksextremismus“. Ziel war es herauszuarbeiten, welche Dimensionen ein linksextremes Einstellungsmuster bilden, welche Gesellschafts- und Menschenbilder die linksextreme Szene prägen und wie hoch die Akzeptanz verschiedener linksextremer Einstellungsdimensionen in der Bevölkerung ist.

Während seit der Wiedervereinigung eine kaum zu überblickende Zahl von Befragungen und Publikationen zum Rechtsextremismus erschienen ist, gibt es eine lediglich spärliche wissenschaftliche Auseinandersetzung mit dem Linksextremismus und nur sehr vereinzelt empirische Studien. Dies resultiert aus verschiedenen Gründen. Nicht wenige Wissenschaftler vornehmlich linker Couleur lehnen nicht nur den Extremismusbegriff ab, sondern bezweifeln, dass es überhaupt „Linksextremismus“ gibt. Andere Wissenschaftler scheuen vor diesem Themenfeld zurück, weil Linksextremisten ihre politischen und wissenschaftlichen „Widersacher“ beschimpfen und mitunter auch bedrohen. Ein weiterer Grund ist die starke mediale Beachtung des rechten und islamistischen Extremismus, die linksextreme Aktivitäten häufig in den Hintergrund rücken lässt. Darüber hinaus verschwimmen – anders als auf der rechten Seite des politischen Spektrums – die Trennlinien zwischen extremer und radikaler, aber de-

mokratischer Linker, so dass Linksextremisten gleichsam unter dem Schutzschirm des gesamten linken Milieus stehen.

Im Gegensatz zur Rechtsextremismusforschung, die häufig wenig differenziert ausfällt, haben wir uns bemüht, dem Anliegen der Gruppen, die wir als extremistisch einordnen, gemäß ihren Selbstdarstellungen Rechnung zu tragen. Es geht uns nicht um ihre Diffamierung und Herabwürdigung, sondern um eine nüchterne Analyse ihrer Welt- und Gesellschaftsbilder und ihrer politischen Mittel und Ziele.

Im Zentrum unseres Projektes standen die Entwicklung einer Linksextremismusskala, die wir auf Basis der Auswertung von Selbstdarstellungen typischer linksextremer Gruppen und umfangreichen Pretests erstellt haben, und die auf dieser Grundlage durchgeführte **repräsentative Befragung der Bevölkerung durch Infratest dimap**.

Darüber hinaus haben wir uns mit der wissenschaftlichen und politischen Debatte um das Extremismusmodell sowie den Zusammenhang von Linksextremismus und Gewalt befasst. Die repräsentative Befragung wurde durch Interviews mit ehemaligen Linksradikalen und heutigen linksaffinen Jugendlichen ergänzt. Herausgekommen ist ein differenziertes Bild des aktuellen Linksextremismus und seiner Wirkung in die Gesellschaft.

Der unergiebigere Streit um den Begriff „Extremismus“

Extremismus lässt sich nur **relativ** von der jeweiligen politischen und gesellschaftlichen Ordnung aus definieren, was allein schon ein kurzer Blick in die Zeitgeschichte deutlich macht: Freiheitliche Demokraten galten aus der Perspektive des Machtzentrums im Nationalsozialismus, aber auch in der DDR als feindlich-negative Kräfte, mithin als Extremisten.

Das insbesondere vor dem Hintergrund der Erfahrung mit zwei totalitären Systemen in der deutschen Geschichte heftig umstrittene Extremismusmodell geht davon aus, dass es auf der linken und der rechten politisch-ideologischen Seite extreme Kräfte gibt, die die Verfassung und die ihr zugrunde liegende Werteordnung ablehnen. Die Kontroverse um das Extremismusmodell hat insofern nicht nur eine wissenschaftliche, sondern auch eine politische Dimension.

Kritiker sehen in dem Modell eine unzulässige Gleichsetzung von Links- und Rechts-extremismus und unterstellen der Totalitarismustheorie, auf der das Extremismusmodell basiere, eine Gleichsetzung von Nationalsozialismus und Kommunismus, die zu einer Leugnung der Einzigartigkeit nationalsozialistischer Verbrechen führe. Außerdem würden mit dem Extremismusmodell antidemokratische Positionen von der Mitte der Gesellschaft an ihre extremen Ränder gedrängt. Rassismus und Nationalismus seien jedoch bis tief in die Mitte der Gesellschaft verbreitet, so dass von einem „Extremismus der Mitte“ gesprochen werden müsse. Hiernach würden die politischen und ökonomischen Eliten den Weg in eine autoritäre Gesellschaft beschreiten. Nicht der Extremismus sei das Problem, sondern die das System tragenden sozialen und politischen Kräfte.

Realiter geht es der modernen Totalitarismuskonzeption und auch dem Extremismusmodell jedoch um den **Vergleich von Strukturmerkmalen (totalitärer) Ideologien und Herrschaftsformen und nicht um ideologische Gleichsetzung bzw. Gleichbewertung der Pole.**

Extremistisch sind in einem verfassungstheoretisch orientierten Extremismusmodell die Teile eines politischen Spektrums, von denen Gefährdungen der Grundwerte der herrschenden politischen Ordnung zu befürchten sind, unabhängig von deren „linken“ oder „rechten“ Positionen und Inhalten und konkreten politischen Zielen. **Strukturelle Gemeinsamkeiten von Rechts- und Linksextremismus** sind hiernach **doktrinäre, monistische Weltbilder, der Anspruch auf exklusiven Zugang zur historisch-politischen Wahrheit, mangelnder Pluralismus**, sowie ein **Fanatismus**, der nahezu jedes zum Ziel führende Mittel für legitim hält. Dabei bedeute die vergleichende Analyse dieser strukturellen Merkmale **keinesfalls eine inhaltliche Gleichsetzung unterschiedlicher politischer Phänomene.**

Die Kontroversen um das Extremismusmodell sind nicht zuletzt deshalb stereotyp und redundant, weil seine Kritiker offensichtlich nicht begriffen haben oder begreifen wollen, dass **„vergleichen“ und „gleichsetzen“ nicht „das Gleiche“ ist.**

Links- und Rechtsextremismus unterscheiden sich in Theorie und Praxis deutlich voneinander und können nicht in eins gesetzt werden; ihre (strukturelle) Gemeinsamkeit besteht jedoch im Kampf gegen eine offene, pluralistische Gesellschaft. Beide Konzeptionen vertreten dogmatische Positionen, denen (vermeint-

lich) objektiv erkennbare Gesetzmäßigkeiten zugrunde liegen. Beide verbindet die Ablehnung liberaler Werte und Lebensstile, beide haben ein eher taktisches Verhältnis zur Demokratie bzw. zum demokratischen Verfassungsstaat. Extremistische Ideologien erheben Anspruch auf totale Welterklärung und Erfahrungsunabhängigkeit. Die Pluralität der Interessen, das Mehrparteiensystem und das Oppositionsrecht lehnen sie ab und hängen einem Denken in Freund-Feind-Kategorien an. Insofern stehen extreme Positionen konträr zur Werteordnung einer pluralistischen Gesellschaft, die sie durch eine als einzig richtig und wahr definierte Ideologie rechter oder linker Couleur ersetzen wollen.

Der von uns favorisierte **dynamische Extremismusbegriff bedeutet die kategoriale Ablehnung eines statischen Begriffs der „Mitte“**. Wenn die (politische) Mitte keine Kritik und keine abweichende Meinung zulässt, wird sie selber extremistisch. **Links und rechts (und „Mitte“) sind also keine absoluten, sondern nur relative Begriffe**. Als extremistisch gilt uns, wer von der anthropologischen Ungleichheit ausgeht (Rechtsextremismus), den Vorrang des Individuums im demokratischen Pluralismus zugunsten einer kollektiven Homogenitätsvorstellung ablehnt (Linksextremismus) oder wer verfassungskonforme radikale Positionen ausgrenzen will (Extremismus der Mitte). Aus der Perspektive einer freiheitlich-demokratischen Gesellschaft halten wir an einer **„positiven Ungleichheit“** – der **Singularität des Einzelnen** – fest, die sich von dem (linken) Gleichheitsgedanken, aber auch von der (rechten) anthropologisch gesetzten Ungleichheit unterscheidet.

Der Streit um den Begriff „Extremismus“ lässt sich u.E. leicht auflösen. Wer den Pluralismus und die parlamentarische Demokratie beseitigen und eine „echte Demokratie“ oder den Kommunismus errichten will, muss aus Sicht des demokratischen Verfassungsstaates als Extremist eingeordnet werden. Wer hingegen die Wirtschaftsordnung – die soziale Marktwirtschaft, d.h. aus linksradikaler und linksextremer Sicht den Kapitalismus – überwinden will, mag den Wohlstand gefährden und die unternehmerische Freiheit einschränken wollen, ist jedoch kein Verfassungsfeind, mithin kein Extremist.

Linksextremismus und Gewalt

Antipluralistische und antiparlamentarische Argumentationen und Auffassungen und ein **strategisches und taktisches Verhältnis zur (politisch motivierten) Gewalt** haben sich über die Jahrzehnte hinweg zu Grundpfeilern linksradikalen/linksextremen Selbstverständnisses entwickelt und gehalten. Seit Mitte der 1960er Jahre wurde die Gewaltfrage immer stärker zu einem prägenden Element (linker) Protestbewegungen. Die APO rechtfertigte die von ihr ausgeübte Gewalt als „Gegengewalt“ und relativierte damit politisch motivierte Gewaltanwendung. Sie differenzierte zwischen guter und schlechter bzw. befreiender und reaktionärer Gewalt, aber auch zwischen Gewalt gegen Sachen und Gewalt gegen Personen, bis sich letztlich die Trennlinien verschoben.

Mit Hilfe einer „Provokationsstrategie“ sollte die strukturelle Gewalt des kapitalistischen Systems offengelegt und gebrochen werden, um das politische System zu zwingen, die „Maske der repressiven Toleranz“ fallenzulassen. „Gute“ Gewalt war „progressive“, „revolutionäre“, „befreiende“, „verteidigende“ Gewalt; die vom Staat ausgehende Gewalt galt hingegen als „reaktionäre“, „unterdrückende“ und „aggressive“ Gewalt des autoritären Staates. Heutige linksextreme Gruppen sparen sich die Mühe einer „Provokationsstrategie“. Sie halten ihren Kampf gegen die bestehende wirtschaftliche und politische Ordnung mit pauschalem Verweis auf gesellschaftliche Unterdrückungsverhältnisse für gerechtfertigt.

Marxistische Versatzstücke zur Erklärung von (vermeintlich) repressiven Zwängen, denen nur mit (Gegen-)Gewalt begegnet werden könne, fanden Anklang bei denen, die in das Umfeld terroristischer Gruppen gerieten. Linke antizivile Einstellungen und die Legitimation gewalttätigen Handelns, gepaart mit (verstecktem) Antisemitismus und (offenem) Antizionismus und vor allem Antiisraelismus, erlebten während der Existenz der RAF und ihrer Nachfolgeorganisationen zwar einen (negativen) Höhepunkt, werden aber bis heute mitunter in eine ideologisch verbrämte Traditionslinie der (internationalen) Klassenkämpfe gerückt und sollen sowohl rückwirkend terroristische Gewaltaktionen als auch aktuelles gewalttätiges Handeln rechtfertigen.

Die meisten linken Gruppen heg(t)en gegenüber terroristischen Gruppen eine politische Distanz. Dennoch gelang es Mitgliedern von RAF, 2. Juni oder auch den Revolutionären Zellen immer wieder, das Prinzip der linken Solidarität einzufordern und zu

erhalten. Obschon ihre Argumentation und zum Teil ihr Vorgehen auch heute von einigen linksextremen Gruppen als gerechtfertigt angesehen wird, scheuen gewaltbereite Linksextremisten derzeit (noch) vor dem Schritt in den Untergrund zurück. In der militanten Szene genießen ehemalige RAF-Terroristen jedoch zumeist hohen Respekt.

Die Zahl politisch „links“ motivierter Gewalttaten steigt seit Anfang des neuen Jahrtausends im Trend deutlich an. In der öffentlichen Wahrnehmung werden diese Gewalttaten quantitativ unterschätzt, da der Verfassungsschutz zwischen „links“ und „linksextrem“ motivierten Straf- und Gewalttaten unterscheidet und die nur „links“ motivierten Taten in der detaillierten Betrachtung außen vor lässt. In den letzten Jahren verübten als nichtextrem eingeschätzte linke Personen etwa 30 % bis 40 % der Gewalttaten, darunter allein im Jahr 2013 271 Körperverletzungen und 50 Brand- und Sprengstoffdelikte. Stark zugenommen hat in den letzten Jahren die Konfrontationsgewalt zwischen tatsächlichen oder vermeintlichen Linksextremen und Rechtsextremisten, wobei nach Angaben der Sicherheitsbehörden die Gewalt zumeist von Linksextremisten ausging. Gegen unliebsame Personen – nicht nur gegen Rechtsextremisten – rufen Linksextreme in Internetforen und auf Flugblättern zur Gewalt auf.

Von ihnen als „Feinde“ geoutete Personen werden mit Hassparolen bedacht und bedroht. Im Fokus stehen dabei Polizisten, (tatsächliche oder vermeintliche) Rechtsextremisten bzw. Neonazis, Burschenschaftler, Fußballfans, Mitglieder und Sympathisanten der AfD, aber auch Vertreter etablierter bürgerlicher Parteien, insbesondere der SPD und der Grünen, die bei Kampagnen und Aktionen linksextremen Forderungen nicht nachkommen.

Der Blick zurück von ehemaligen Linksradi kalen/Linksextremisten

Ehemalige linke Aktivisten, von denen wir einige beispielhaft interviewten bzw. deren biographische Texte auswerteten, politisierten sich über Themen der aktuellen Politik wie Nationalsozialismus/Faschismus, die Notstandsgesetze und vor allem über den Vietnamkrieg. Hierbei versprach die marxistische Theorie Aufklärung und Hilfestellung bei der politischen Analyse.

Die Mehrzahl dieser ehemaligen Linksradiكالen sieht im Nachhinein eine falsche Analyse gesellschaftlicher Realität als Hauptfehler der damaligen Bewegung. Die Annahmen, alles sei schlecht und würde entsprechend der marxistischen Verelendungstheorie immer schlechter werden, stimmten offensichtlich nicht. Insofern blieben auch die Behauptungen, die miserablen gesellschaftlichen Verhältnisse führten unweigerlich zu Revolte und Revolution, Fantasiegebilde. Die Bewertung der eigenen linken Vergangenheit hängt stark von der jetzigen Position der Befragten ab. Während einige vollständig mit der Vergangenheit gebrochen und gleichsam das politisch-ideologische Lager gewechselt haben, halten andere – insbesondere Wissenschaftler und Medienleute – zumindest an linken Vorstellungen fest. Nahezu alle beschreiben ihre linksradikale/linksextreme Vergangenheit als Suche nach Sinn und Durchblick. Mit dem Einstieg in das Berufs- und Familienleben endete für die meisten die politisch aktive Zeit.

Linksaffine Jugendliche

Bei heutigen linksaffinen Jugendlichen bestehen deutliche Trennlinien zwischen radikal/extremistisch und gemäßigt links eingestellten Personen. Gemeinsam ist ihnen die Kritik am Wirtschaftssystem, die einmal vernichtend und einmal moderat ausfällt. Radikale und extreme Linke möchten den Kapitalismus überwinden und eine neue, zumeist nicht weiter spezifizierte politische Ordnung einführen. Gemäßigte Linke plädieren dagegen für Reformen und möchten die bestehende Gesellschaft sozialer gestalten.

Eine maßgebliche Rolle spielt bis heute das Thema der Gewalt. Politisch motivierte Gewalt bejahende Jugendliche berufen sich in der Gewaltfrage auf die Geschichte, aber auch auf eine (vage) Zukunft, äußern sich jedoch nicht zu aktueller politisch motivierter Gewalt. Die Positionen vieler als zumindest radikal eingestufte linker Jugendlicher erinnern an die Aussagen ehemaliger Linksradiكالen, was auf eine gewisse Kontinuität zwischen 1968 ff. und heute hindeutet. Gewalt ist für sie in erster Linie (ab-strakte) gesellschaftliche Gewalt – struktureller Teil des Gesellschaftssystems – und die eigene Gewalt gilt (und galt) als legitime Gegengewalt. Gewalt gegenüber Sachen ist grundsätzlich weniger tabu (oder gar nicht tabu) als Gewalt gegenüber Personen.

Am häufigsten nannten linksaffine Jugendliche als Anlass für ihre Politisierung die Themen Soziale (Un)Gerechtigkeit, Rechtsextremismus und Antifaschismus, Umwelt/Klima sowie Flüchtlinge/Asylpolitik. Viele äußerten, die offizielle Politik sei nicht in der Lage, Lösungen für diese Probleme anzubieten, geschweige denn umzusetzen.

Linksextreme Einstellungen weit verbreitet

Linksextreme Einstellungen beschränken sich jedoch nicht auf die linke Szene, sondern haben zum Teil längst Eingang in die so genannte „Mehrheitsgesellschaft“, den politischen „mainstream“ gefunden, wie die Ergebnisse einer von uns in Auftrag gegebenen repräsentativen Umfrage belegen. Auf Basis eines dynamischen Extremismusbegriffs, der kritischen Durchsicht empirischer Studien zum (Links)Extremismus und nach Auswertung von Selbstdarstellungen linksradikaler/linksextremer Gruppen und Personen entwickelten wir eine Linksextremismusskala, die sechs Dimensionen umfasst (Anti-Kapitalismus, Anti-Faschismus, Anti-Rassismus, Demokratiefeindlichkeit, Kommunismusnahes Geschichtsbild/Ideologie und Anti-Repression). Die zentralen Ergebnisse der von Infratest dimap durchgeführten repräsentativen Befragung der bundesrepublikanischen Bevölkerung zeigen folgendes Bild:

- **13 %** der Befragten – deutlich mehr im Osten als im Westen – können sich prinzipiell vorstellen, bei einer Bundestagswahl eine **Partei links von der Partei Die Linke zu wählen**. Unter den 16-29-Jährigen sind es 18 %.
- Eine relevante Minderheit von **42 %**, im Osten sogar eine absolute Mehrheit von 54 %, äußert sich mehr oder weniger **unzufrieden mit der in Deutschland praktizierten Demokratie**. Die jüngere Generation zeigt sich aber weniger unzufrieden als die ältere (36 %). Am unzufriedensten sind Befragte, die sich selbst als weit links einstufen.
- Die Mehrzahl platziert sich in der politischen Mitte, eine nennenswerte Minderheit Mitte-links und **5 % weit links** auf der vorgegebenen elfstufigen Skala.
- **Eine breite absolute Mehrheit** hält die **praktizierte Demokratie nicht für eine echte Demokratie**, weil der Einfluss der Wirtschaft zu groß sei, **eine Min-**

derheit von knapp 30 % glaubt sogar, eine **wirkliche Demokratie sei nur ohne Kapitalismus** möglich.

- **Knapp ein Fünftel in Westdeutschland** und **knapp ein Viertel in Ostdeutschland** plädieren für eine **Revolution zur Verbesserung der Lebensbedingungen**, weil Reformen das nicht könnten. Die geringste Zustimmung kommt von potenziellen Wählern der Grünen und der Unionsparteien.
- **Knapp die Hälfte der Befragten** stimmt der Behauptung zu, **Kritiker der Demokratie würden schnell als Extremisten** abgestempelt. Sympathisanten der Linken und der AfD bejahen die Aussage überdurchschnittlich. Ähnlich hoch fällt die Zustimmung zur Behauptung aus, die **Überwachung linker Systemkritiker** durch Staat und Polizei nehme zu. Jeder dritte Westdeutsche und zweite Ostdeutsche attestiert der **Polizei**, sie sei **auf dem rechten Auge blind**.
- **Ein Viertel der Westdeutschen** und **ein Drittel der Ostdeutschen** – vor allem Befragte mit ausgeprägtem linkem Selbstverständnis – äußert die Befürchtung, die **zunehmende Überwachung durch den Staat könne zu einer Diktatur führen**. Eine **starke Minderheit von 37 %** plädiert für die **Suspensionierung der politischen Grundrechte für Rechtsextremisten**.
- **Ein Drittel der Befragten** geht davon aus, der **Kapitalismus führe zwangsläufig zu Armut und Hunger**, insbesondere junge Menschen und Personen aus dem linken politischen Spektrum. Die Zustimmung zur Feststellung, **Kapitalismus führe zwangsläufig zu kriegerischen Auseinandersetzungen**, liegt mit 37 % noch etwas höher. Vor allem Ostdeutsche und jüngere Jahrgänge sowie sich weit links Einstufende assoziieren Kapitalismus mit Krieg.
- Eine **Überwindung des Kapitalismus** zur Abschaffung der Herrschaft einer kleinen Minderheit befürwortet **ein Viertel in den alten** und **knapp ein Drittel in den neuen Ländern** – insbesondere potenzielle Wähler der Linken.
- **Knapp jeder fünfte Befragte** sieht sogar die **Gefahr eines neuen Faschismus** in Deutschland; insbesondere Ostdeutsche äußern diese Befürchtung.

- **Knapp die Hälfte der Befragten** beobachtet eine **tief verwurzelte Ausländerfeindlichkeit** überall im Alltag. **Knapp 10 %** halten die deutsche **Ausländerpolitik für rassistisch**, leicht überdurchschnittlich die jüngeren Jahrgänge und vor allem die Befragten Linksaußen.
- Eine **prinzipielle Öffnung der Grenzen** in Deutschland und Europa und damit eine Aufnahme aller Personen, die ins Land kommen wollen, befürwortet **ein Drittel** der Befragten – in Westdeutschland deutlich mehr als in Ostdeutschland. Von den Jüngeren, den formal höher Gebildeten und den politisch links Eingestellten sind es sogar jeweils über 40 %.
- Eine **nennenswerte Minderheit im Westen** und eine **absolute Mehrheit im Osten** halten den **Sozialismus/Kommunismus für eine gute Idee**, die bisher nur schlecht ausgeführt wurde. Dieser Vermutung schließen sich breite Mehrheiten der politisch links Eingestellten an. Gleichwohl glaubt **lediglich eine Minderheit von 13 %**, nur im **Sozialismus/Kommunismus sei ein menschenwürdiges Leben möglich**. Die Zustimmung liegt jedoch bei den Jüngsten fast dreimal so hoch. Hier wirken offenbar die historischen Erfahrungen mit dem untergegangenen DDR-System unterschiedlich nach.
- **Im Ergebnis weisen 4 % der Befragten ein nahezu geschlossenes links-extremes Weltbild auf und 13 % stimmen den einzelnen Aspekten links-extremen Denkens überwiegend zu. Das linksextreme Personenpotenzial liegt insofern bei 17 %, im Westen bei 14 % und im Osten bei 28 %.**
- Von uns als **Linksextremisten** eingestufte Befragte **lehnen** in sehr hohem Maße sowohl die **politische** als auch die **wirtschaftliche Ordnung** der Bundesrepublik **ab**. Wohin die Reise nach Überwindung des Systems gehen soll, ist bei etwa der Hälfte dieser Personen unklar.
- Einzelne Aspekte eines linksextremen Einstellungsmusters finden eine zum Teil **breite Zustimmung** in der Bevölkerung. Die **höchste Zustimmung** erhalten die Behauptungen, „Unsere Demokratie ist keine echte Demokratie, da die Wirtschaft und nicht die Wähler das Sagen haben“ (61 %), „Eine tief verwurzelte Ausländerfeindlichkeit lässt sich bei uns überall im Alltag beobachten“ (48 %), „In unserer Demokratie werden Kritiker schnell als Extremisten abge-

stempelt“ (45 %), „Der Sozialismus/Kommunismus ist eine gute Idee, die bisher nur schlecht ausgeführt wurde“ (42 %) sowie „Die soziale Gleichheit aller Menschen ist wichtiger als die Freiheit des Einzelnen“ (42 %). erhalten von den Items der Linksextremismusskala

- Weit verbreitet sind auch die Behauptungen „Die Überwachung von linken Systemkritikern durch Staat und Polizei nimmt zu“ (49 %), „Für Rechtsextremisten sollte es keine Meinungsfreiheit und kein Demonstrationsrecht geben“ (37 %) sowie „Durch die zunehmende Überwachung durch Staat und Politik werden wir immer mehr zu einer Diktatur“ (27 %).
- Nur eine kleine Minderheit von jeweils **7 %** hält den **Einsatz von Gewalt gegen Personen bzw. Gegengewalt zur Durchsetzung politischer Ziele für legitimiert**. Von den als linksextrem eingestuften befürworteten indes etwa doppelt so viele politisch motivierte Gewalt sowohl gegen Sachen als auch gegen Personen.
- 70 % der Linksextremisten behaupten, eine wirkliche Demokratie sei nur ohne Kapitalismus möglich (29 % insgesamt). Die Forderung nach einer Revolution zur Verbesserung der Lebensbedingungen unterstützt mehr als die Hälfte von ihnen (20 % insgesamt). Mehrheitlich sehen sie Deutschland aufgrund zunehmender Überwachung auf dem Weg in eine Diktatur (insgesamt: 27 %) und behaupten, Kapitalismus führe letztlich zu Faschismus (insgesamt: 16 %). 68 % sehen die Gefahr eines neuen Faschismus in Deutschland (insgesamt: 18 %). Deutlich mehr als die Gesamtbevölkerung (insgesamt: 9 %) halten Linksextreme die deutsche Ausländerpolitik für rassistisch und fast alle beobachten eine tief verwurzelte Ausländerfeindlichkeit überall im Alltag (insgesamt: 48 %).
- Dass eine sehr breite Mehrheit der Linksextremisten das **staatliche Gewaltmonopol** ablehnt, überrascht nicht, aber dass **nur knapp die Hälfte der Gesamtbevölkerung für seine Beibehaltung plädiert**, erstaunt doch. Die Annahme, viele Befragte könnten sich unter „staatlichem Gewaltmonopol“ nichts Konkretes vorstellen, erklärt dieses Ergebnis nicht. In einem umfangreichen Pretest, in dem es hieß, „Nur der Staat und nicht Privatpersonen sollten das Recht haben, Gewalt auszuüben“, war die Zustimmung in etwa gleich hoch.

Offenbar scheint gesamtgesellschaftlich die Legitimation des staatlichen Gewaltmonopols zu bröckeln, weil vielen seine Anwendung Unbehagen bereitet. Ob ihnen die Konsequenzen eines Wegfalls bewusst sind?

Einzelne Aspekte eines linksextremen Einstellungsmusters finden in der Bevölkerung erstaunliche Zustimmung. Linksextremisten erreichen also mit einigen ihrer Forderungen und Zielen weite Teile der Bevölkerung.

Als zentrales Ergebnis der repräsentativen Befragung ergibt sich aus dem Blickwinkel der Werte einer freiheitlich-demokratischen Gesellschaft ein links-extremes Personenpotenzial von 17 % der Bevölkerung und eine Befürwortung von Gewalt zur Durchsetzung politischer Ziele auch gegen Personen von mindestens 7 %.

Dennoch: Der Blick auf die Linke in Deutschland muss differenziert ausfallen. Die Trennlinien zwischen radikalen und extremen Linken zeigen sich an dem Bestreben, die politische und gesellschaftliche Ordnung nicht reformieren, sondern – zumeist mit Gewalt – stürzen zu wollen. Linksextreme Gruppen und Personen propagieren offen ihr Ziel, die bürgerliche Gesellschaft und den bürgerlichen Staat zerschlagen und an seine Stelle eine neue, anarchistische oder kommunistische Gesellschaftsordnung errichten zu wollen. Linksextremisten sind insofern nicht nur antikapitalistisch, sondern auch demokratiefeindlich eingestellt.

Die notwendige Bekämpfung rechtsextremistisch und islamistisch motivierter Gewalt darf nicht den Blick auf linke und linksextremistische Gewalt trüben. Eine Aufrechnung verbietet sich selbstverständlich, denn allen drei Extremismen ist Gewaltverherrlichung und Demokratiefeindlichkeit immanent, wenn auch aus unterschiedlichen Motiven und mit unterschiedlichen Zielen. Eine wehrhafte Demokratie muss den Feinden einer offenen Gesellschaft entschieden entgegentreten.

Die Ergebnisse des Projektes erscheinen am 23. Februar 2015 als Buch:

Klaus Schroeder/Monika Deutz-Schroeder: Gegen Staat und Kapital – für die Revolution! Linksextremismus in Deutschland – eine empirische Studie, Verlag Peter Lang, Frankfurt/Main, 653 Seiten, 29,90 Euro.

Linksextremismusskala*								
Dimension	Aspekte		Items	D	O	W	16-29 Jahre	LE 1 ^{a)}
Anti-Kapitalismus/Anti-Faschismus	Globalisierung, Antiimperialismus	Ja	I Der Kapitalismus führt zwangsläufig zu Armut und Hunger.	33	41	31	39	90
	Systemüberwindung	Ja	II Der Kapitalismus muss überwunden werden, um die Herrschaft einer kleinen Minderheit über die große Mehrheit abzuschaffen	26	31	25	34	86
	Antimilitarismus	Ja	III Kapitalismus führt zwangsläufig zu kriegerischen Auseinandersetzungen	37	43	36	52	88
	Gefahrenpotenzial	Ja	IV Ich sehe die Gefahr eines neuen Faschismus in Deutschland	18	28	16	18	68
	Monokausale Beziehung Kapitalismus + Faschismus	Ja	V Kapitalismus führt letztlich zu Faschismus	16	19	14	19	80
Anti-Rassismus	Alltagsrassismus	Ja	I Eine tief verwurzelte Ausländerfeindlichkeit lässt sich bei uns in Deutschland überall im Alltag beobachten	48	50	48	52	91
	Politische Ebene	Ja	II Die deutsche Ausländerpolitik ist rassistisch	9	10	8	14	58
	Nazi-Schutz	Ja	III die deutsche Polizei ist auf dem rechten Auge blind	36	49	33	38	84
Demokratiefeindlichkeit	Scheindemokratie	Ja	I Unsere Demokratie ist keine echte Demokratie, da die Wirtschaft und nicht die Wähler das Sagen haben	61	63	61	56	79
	Unreformierbarkeit	Ja	II Die Lebensbedingungen werden durch Reformen nicht besser – wir brauchen eine Revolution	20	24	19	26	65
	Ideologie	Ja	III In unserer Demokratie werden Kritiker schnell als Extremisten abgestempelt	45	49	43	53	94
Kommunismushnahes Geschichtsbild/Ideologie	Utopie	Ja	I Nur im Sozialismus/Kommunismus ist ein menschenwürdiges Leben möglich	13	16	13	26	56
		Ja	II Der Sozialismus/Kommunismus ist eine gute Idee, die bisher nur schlecht ausgeführt wurde	42	59	37	49	77
	Egalität	Ja	III Die soziale Gleichheit aller Menschen ist wichtiger als die Freiheit des Einzelnen	42	51	40	44	79

* Zustimmende Antworten auf die jeweiligen Statements in Prozentwerten („Stimme voll und ganz zu“ und „Stimme eher zu“); N = 1.362. a) Personen mit einem weitgehend geschlossenen linksextremistischen Weltbild;

Weitere ursprüngliche Items der Linksextremismusskala*								
Dimen- sion	Aspekte		Items	D	O	W	16-29	LE 1
Items, die mangels „Ladung“ aus der Skala gefallen sind	Anti-Kapitalismus	Nein	Unternehmerische Freiheit ist die Grundlage für unseren Wohlstand (umgepolt)	16	21	14	15	38
	Nazi-Repression	Ja	Für Rechtsextremisten sollte es keine Meinungsfreiheit und kein Demonstrationsrecht geben	37	36	41	31	47
	Flüchtlingsproblematik	Ja	Deutschland sollte prinzipiell alle Personen aufnehmen, die in unserem Land Zuflucht suchen	33	26	34	41	30
	Demokratie und Kapitalismus	Ja	Eine wirkliche Demokratie ist nur ohne Kapitalismus möglich	29	35	28	33	70
	Überwachung	Ja	Die Überwachung von linken Systemkritikern durch Staat und Polizei nimmt zu	49	46	51	56	78
	Überwachung/ Diktatur	Ja	Durch die zunehmende Überwachung durch Staat und Politik werden wir immer mehr zu einer Diktatur	27	34	25	31	79
	Anti-Nationalismus	Ja	Nationalstaaten sollten abgeschafft werden	16	14	17	21	24

* Zustimmung in Prozentwerten; N = 1.362

Items zu politisch motivierter Gewalt*								
				D	O	W	16-29	LE 1
I	Ja		Zur Durchsetzung politischer Ziele ist auch der Einsatz von Gewalt gegen Personen erlaubt	7	8	7	9	14
II	Nein		Das staatliche Gewaltmonopol sollte auf jeden Fall beibehalten werden	46	47	45	47	67
III	Ja		Gegen gesellschaftliche Zwänge und staatliche Gewalt hilft nur Gegengewalt	7	5	7	9	10
IV	Ja		Zur Durchsetzung politischer Ziele ist auch der Einsatz von Gewalt gegen Sachen erlaubt	7	8	6	13	6

* Zustimmende Antworten zu den jeweiligen Items in Prozentwerten; N = 1.362